

L AKTUELL

LINKSDRUCK

DIE LINKE.
Fraktion im Landtag Brandenburg

APRIL 2014 (91./92. Sitzung)

BRANDENBURG, DEUTSCHLAND, EUROPA

Statt Billig-Jobs und Almosen:



Seit fünf Jahren kämpft DIE LINKE mit Regierungsverantwortung für die Rechte der Arbeitnehmer*innen in Brandenburg – und damit auch für Verbesserungen in Deutschland und Europa. Auf unsere Initiative fand in der jüngsten Landtagssitzung eine Aktuelle Stunde zum Thema statt. Wir haben eine Bilanz unserer bisherigen Leistungen im Land gezogen – und bestehende „Baustellen“ deutlich gemacht. Auf dem Weg zu Guter Arbeit haben wir einiges erreicht. So sind bis heute in Berlin-Brandenburg 102 Tarifverträge für allgemein verbindlich erklärt worden. Seit 2011 führen Gewerkschaften, Arbeitgeber*innen und Landesregierung den „Sozialpartnerdialog“ für die Fachkräftesicherung und mehr Gute Arbeit für Brandenburg. Das Arbeitsministerium erließ vor kurzem die „Sozialpartnerrichtlinie“: Auf deren Basis unterstützt das Land mit Mitteln der Europäischen Union (EU) Projekte zur Gesundheitsverträglich-

keit, Familienfreundlichkeit, für Weiterbildungsmöglichkeiten und für weibliche Führungskräfte. Wichtig für mehr Gute Arbeit sind auch die Landesrichtlinien zur Wirtschaftsförderung. Denn sie machen die Auftragsvergabe von sozialen Kriterien abhängig. Im Landesdienst hat die rot-rote Koalition zugunsten älterer Bediensteter gehandelt und zugleich für Neueinstellungen gesorgt. Den Langzeitarbeitslosen kommt das Projekt der Integrationsbegleiter zugute – und dieses Jahr noch eines mit dem Ziel: „Jobs für Ältere und Alleinerziehende“.

Doch es gibt noch so vieles zu tun! Besonders für die Menschen mit den



Dr. Andreas Bernig
Sprecher für
Arbeitsmarktpolitik
und Gewerkschaften

größten Nachteilen auf dem Arbeitsmarkt setzen wir uns weiter ein. Für die Langzeitarbeitslosen wollen wir einen neuen, wirksameren Öffentlichen Beschäftigungssektor (ÖBS) entwickeln – so genannte gemeinwohlförderliche Sozialunternehmen. Aber wir wollen für die, die Arbeit haben, auch die Qualität dieser Arbeit grundlegend verbessern. Wir kämpfen gegen alle Formen prekärer Arbeitsverhältnisse wie etwa Werkvertrags-Missbrauch und unfreiwillige Teilzeitarbeit. Und wir machen uns stark für eine zweite Chance für junge Erwachsene ohne Ausbildung, für Wochen-/ Lebensarbeitszeitverkürzung, für „equal pay“, d.h. gleiche Bezahlung für Frauen und Männer bzw. Leiharbeiter*innen und entsandte Beschäftigten gegenüber Festangestellten, Sozialversicherungspflicht ab der ersten Arbeitsstunde und starke Gewerkschaften. Unser Einsatz ist auf allen politischen Ebenen notwendig: Vor mehr als zehn Jahren erhob die PDS als erste die Mindestlohnforderung – heute pochen wir auf dessen sofortige und ausnahmslose Umsetzung in Höhe von 10 Euro. Und gerade auch auf Europa-Ebene müssen wir das Soziale verteidigen! Etwa in der Frage der aktuellen EU-Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada: Verbraucher-, Umweltstandards und Arbeitnehmer*innenrechte dürfen darunter nicht leiden! Europa muss sich am Wohlergehen der Menschen messen lassen.



Kerstin Kaiser
Sprecherin für
Europapolitik

Klares Bekenntnis der Linksfraktion: Mehr Nachtruhe beim BER-Airport!

Ein Jahr lang haben wir bei den Betroffenen am Flughafen BER um Vertrauen dafür geworben, dass wir bei uns das zentrale Anliegen des Volksbegehrens umsetzen: Mehr Nachtruhe!

In vielen Gesprächsrunden haben wir bei den Mitgesellchaftern Berlin und Bund dieses Volksbegehren erläutert und Entgegenkommen erwartet, um den berechtigten Forderungen zu entsprechen. Aber: Nur Schweigen im Wald!

Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit und Bundesverkehrsstaatssekretär Rainer Bomba haben offenbar vergessen: Der BER liegt in Brandenburg. Die CDU hat ihre Unterstützung im Bund verwehrt. Doch in Brandenburg führt sie große Worte und glaubt, sich die Hände reiben zu können - ein doppeltes Spiel. Wir als LINKE sind fest überzeugt, dass der Flughafen BER nicht dauerhaft gegen

die Anwohner*innen betrieben werden kann. Das zu berücksichtigen, gehört auch zur ökonomischen Verantwortung. Akzeptanz aber gibt es nur bei normaler Nachtruhe und exzellentem Schallschutz. Schließlich gilt: Für eine falsche Standortentscheidung dürfen nicht die Anwohner*innen büßen. Wir sagen klar: Der Ball für mehr Nachtruhe liegt nun beim Bund und Berlin. Mindestens in der Stunde von 5 bis 6 Uhr sollte am BER kein Flugzeug fliegen! Für diese Minimalforderung muss es ein Entgegenkommen geben. Der Bund und Berlin müssen ihre Arroganz ablegen. Obwohl ermutigende Zeichen bislang ausbleiben: Brandenburg wird nicht klein begeben.

Margitta Mächtig
Fraktionsvorsitzende



Hochschulen: Einige Etappenziele sind erreicht



Das neue Hochschulgesetz ist angenommen. Ihm gingen zahlreiche Debatten im und außerhalb des Parlaments voraus. Sie haben aus Sicht der LINKEN den ursprünglich von der Landesregierung vor-

gelegten Entwurf wesentlich verbessert. Zu diesen Verbesserungen zählen u.a. die Ausweitung des Hochschulzugangs, mehr Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und Universitäten, eine deutliche Entschärfung der Zwangsexmatrikulation, die Einrichtung einer Ethikkommission für die Überprüfung von Forschungsaufträgen, mehr Transparenz bei der Verwendung von Drittmitteln, eine Mindestvertragslaufzeit für wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, bessere Bedingungen für Studierende mit Behinderungen und mehr Rechte für die Studierendenschaften. Eine wichtige Forderung der LINKEN und insbesondere unserer linken Studieren-

den, die Aufhebung der Rückmeldegebühr, konnten wir - trotz harter Auseinandersetzungen - leider nicht durchsetzen. Wir scheiterten am strikten Widerstand der SPD, hielten aber die erreichten Verbesserungen für so wichtig, dem Gesetz dennoch zuzustimmen. Trotzdem halten wir konsequent an dieser Forderung fest und schreiben sie für die nächste Legislatur auf unsere Agenda.

Peer Jürgens
Sprecher für Wissenschafts- und Forschungs- politik, Haushalts- und Finanzpolitik



Landtag beschließt Kita-Anpassungsgesetz

Das Kita-Anpassungsgesetz ist beschlossen. Es enthält im Wesentlichen drei Verbesserungen: Erstens wird einem Urteil des Verfassungsgerichts Rechnung getragen. Kreisfreien Städte, die geklagt hatten, bekamen insofern Recht, als die ihnen bereitgestellten Landesmittel im Zusammenhang mit der Personalschlüsselverbesserung 2010 die zusätzlichen Kosten nicht deckten. Daher wird künftig den Trägern ein Mehrkostenausgleich in Höhe von 9 Mio. Euro gezahlt. Zweitens müssen Eltern behinderter

Kinder nicht mehr für die Kosten einer Leistung der Eingliederungshilfe im Hort aufkommen.

Und drittens ist das Gesetz dem Bundesgesetz zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege, das ab 1.8.2013 in Kraft ist, angeglichen worden. Danach hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr das Recht auf Kindertagesbetreuung. Der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ist landesgesetzlich jetzt auch in Brandenburg vom vollendeten ersten Lebensjahr an festge-

schrieben. Darüber hinaus haben Kinder in Brandenburg unter einem Jahr - im Unterschied zum Bund - auch weiterhin die Möglichkeit einer Kindertagesbetreuung, wenn die familiäre Situation das erforderlich macht.



Gerrit Große
Sprecherin für Bildungspolitik

NACHGEFRAGT

Jugendarrest: „Endlich eine klare Rechtsgrundlage“

Interview mit **Margitta Mächtig** · Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Rechts- und Justizpolitik

» **Der Landtag hat in erster Lesung den Gesetzentwurf für ein Jugendarrestvollzugsgesetz zur Beratung überwiesen – der Jugendarrest soll erstmals durch ein Gesetz geregelt werden, warum?**

Ganz einfach, der Vollzug des Jugendarrestes greift in Grundrechte der Jugendlichen ein. Solche Eingriffe erfordern eine gesetzliche Grundlage. Bisher gibt es jedoch kein entsprechendes Gesetz in Brandenburg, sondern nur wenige Einzelbestimmungen und die Jugendarrestvollzugsordnung des Bundes aus dem Jahre 1976. Insofern besteht Regelungsbedarf.

» **Wie alt sind die Jugendlichen und was haben die so auf dem Kerbholz?**

Bei der Tat waren die Jugendlichen

zwischen 14 und 20 Jahre alt und haben leichte bis mittelschwere Taten verübt. Von denen sind etwa 30 Prozent Diebstähle und etwa 12 Prozent einfache Körperverletzungsdelikte. 30 Prozent saßen zum Beispiel wegen der Nichterfüllung von Weisungen und Auflagen im Arrest.

» **Worin besteht dabei der Unterschied zum Strafvollzug?**

Der Jugendarrest wird als so genanntes „Zuchtmittel“ von den Gerichten angeordnet. Dabei soll den Jugendlichen eindringlich zu Bewusstsein gebracht werden, dass sie für ihre Taten einzustehen haben. Jugendarrest ist also keine Strafe. Das bedeutet, dass über den reinen Freiheitsentzug hinausgehende Einschränkungen so gering wie möglich bleiben müssen. Der Entwurf orientiert deshalb auf soziale

und pädagogische Hilfen zur straftatlosen Lebensführung und die Vermittlung von entsprechenden Hilfen nach der Arrestverbüßung. Es soll also ein Beginn einer weiterführenden ambulanten Begleitung und Betreuung sein, um weiteren Straftaten vorzubeugen. Im Übrigen hat die Auseinandersetzung mit der Tat und das soziale Training im Arrest nichts mit Kuscheln zu tun.

» **Wie geht es jetzt weiter?**

Der Rechtsausschuss wird die weitere Beratung vornehmen, wir haben uns schon auf eine Anhörung am 8. Mai zu dem Gesetzentwurf verständigt, die zweite Lesung könnte dann im Juni stattfinden.



Ein Stück Brandenburg: Schafe und Ziegen



Schafe und Ziegen gehören zur Landschaft in Brandenburg, sie spielen eine wichtige Rolle bei der Deichpflege und der Erhaltung von Feuchtwiesen und Trockenrasen für den Naturschutz.

Doch die Zahl der Schafe hat seit 1990 um mehr als die Hälfte abgenommen, allein in den vergangenen drei Jahren um 30 Prozent. Immer mehr Schäfer*innen geben ihren Beruf auf, und es gibt kaum Nachwuchs. Das hängt maßgeblich mit dem Wegfall der Mutterschafprämie bei der Agrarreform 2007 zusammen.

Um den Schäferbetrieben wieder eine Zukunft zu geben, haben sich alle fünf Fraktionen auf einen gemeinsamen Antrag verständigt. Darin wird die Landesregierung aufgefordert, bei der Ausgestaltung

der Förderprogramme der Europäischen Union (EU) ein besonderes Augenmerk auf die Schaf- und Ziegenhaltung zu legen. Dazu gehört auch die Förderung von Herdenschutzhunden, die ein wirksamer Schutz gegen Wölfe sind. Deiche sollen, wo immer dies möglich ist, vorrangig mit Schafen gepflegt werden. Und der Vertragsnaturschutz soll – ergänzend zu den EU-Kulturlandschaftsprogrammen – weiter abgesichert werden.

Dr. Michael-E. Luthardt
Sprecher für
Agrarwirtschaft und
ländliche Entwicklung



Nein zu Gen-Mais!

Die genmanipulierte Maissorte 1507 steht in der Europäischen Union (EU) vor der Anbauzulassung. Obwohl eine übergroße Mehrheit der Verbraucher*innen gentechnisch veränderte Organismen konsequent ablehnt, hat sich die Bundesregierung nicht dagegen ausgesprochen. Die rot-rote Koalition stimmte einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zu und forderte damit die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene für eine Verhinderung der EU-Zulassung einzusetzen. Falls dies nicht möglich ist, soll sie sich für die Erleichterung nationaler Anbauverbote im EU-Recht engagieren. Mit dem nahezu einstimmigen Beschluss hat sich im Landtag parteiübergreifend endgültig eine gentechnikkritische Haltung durchgesetzt.

Diese hatte in der vorherigen Legislaturperiode nur DIE LINKE-Fraktion als Minderheitenmeinung vertreten.

Carolin Steinmetzer-Mann
Sprecherin für Umwelt-
und Abwasserpolitik



Aktuelle Initiativen der Fraktionen DIE LINKE und SPD

◀ **AKTUELLE STUNDE auf Antrag der Fraktion DIE LINKE** zum Thema: Gute Arbeit in Brandenburg, Deutschland und Europa
Drucksache 5/8739 · durchgeführt

◀ **Antrag zum Thema:** Verockerung der Spree gemeinsam mit Sachsen bekämpfen
Drucksache 5/8763 · angenommen

◀ **Antrag zum Thema:** Schaf- und Ziegenhaltung im Land Brandenburg stärken - wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern! (Miteinsteigerinnen: Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen)
Drucksache 5/8766 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag zum Thema:** Für einen zukunftsfesten Brand- und Katastrophenschutz im Land Brandenburg - neue Herausforderungen bewältigen (zum CDU-Antrag DS 5/8767)
Drucksache 5/8808 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag zum Thema:** Brandenburg - ein Land der Guten Arbeit (zur Aktuellen Stunde der LINKEN, DS 5/8739)
Drucksache 5/8809 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag zum Gesetzentwurf der Landesregierung:** Gesetz zur Neuregelung des Hochschulrechts des Landes Brandenburg - BbgHG (DS 5/8124)
Drucksache 5/8813 · angenommen

◀ **Entschließungsantrag zum Ersten Gesetz zur Änderung des Abschiebehaftvollzugsgesetzes, Gesetzentwurf der Landesregierung (DS 5/8124)**
Drucksache 5/8818 · angenommen

1. Mai 2014 - Internationaler Kampftag

für die Rechte der Arbeiter*innen, Angestellten und Erwerbslosen!
Auch in Euren/Ihren Städten, Gemeinden und Dörfern wird es Demonstrationen und Feste geben.

Dabei sein!

Spree: Sachsens CDU/FDP-Regierung lahmt



Die bergbaubedingte Verockerung der Spree und ihrer Zuflüsse in der Lausitz bedroht die Lebensgemeinschaften der Flüsse ebenso wie die Lebensqualität der Anwohner*innen und den Tourismus in der Region. In den brandenburgischen Spreewaldzuflüssen wurde eine ganze Reihe von Maßnahmen in Gang gesetzt, von der Wiederinbetriebnahme einer Grubenwasserreinigungsanlage über die Ausbaggerung von Fließen bis zur

Wasserbehandlung von Seen. Im Südraum bei Spremberg müssen die Gegenmaßnahmen aber auf sächsischem Territorium stattfinden, um das Übel an der Wurzel zu packen. Wie bei einer Regionalkonferenz der Regionalen Planungsgemeinschaften im März deutlich wurde, fehlt es hier aber bislang an konkreten Aktivitäten, obwohl ein Maßnahmenplan vorliegt. Offenbar fehlt der schwarz-gelben sächsischen Staatsregierung der politische Wille. In einem von der LINKEN initiierten Landtagsantrag unterstützt die Koalition deshalb die brandenburgische Landesregierung in ihrem Bestreben, mit den sächsischen Kolleg*innen gemeinsam Maßnahmen gegen die Spreeverockerung voranzutreiben.

Carolin Steinmetzer-Mann
Sprecherin für Umwelt- und Abwasserpolitik

Zukunft im Blick!



Schüler*innen aus verschiedenen Regionen Brandenburgs waren am Zukunftstag 2014 zu Gast bei der Fraktion DIE LINKE. Sie wurden von der Fraktionsvorsitzenden Maritta Mächtig und vom Sprecher für berufliche Bildung, Norbert Müller, begrüßt. Nachdem die erste Scheu überwunden war, erzählten die Mädchen und Jungen kurz von ihren Zukunftsplänen - und berichteten aus ihrem Schulalltag. Sie informierten sich darüber, was man bei der Fraktion arbeiten und lernen kann. Außerdem konnten sie aus erster Hand erfahren, was eine Fraktion, was Landtagsabgeordnete für Aufgaben leisten und mit wem sie, von Kommune bis Bundesregierung, zu tun haben. Auch ein betreutes Planspiel mit Beratungen und Debatten im Plenarsaal zum Thema „Hausaufgaben - ja oder nein“ stand auf dem Programm.

KLEINE BITTE ZUM SCHLUSS

Damit sich auch Nachbarn und Freunde informieren können:

↳ nach dem Lesen weiterreichen!



Die Fraktion bei Facebook:
<https://www.facebook.com/linksfraktion.brandenburg>

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN

DIE LINKE Fraktion im Landtag Brandenburg
Alter Markt 1 · 14467 Potsdam

REDAKTIONSGRUPPE

Sven Rosig (Leitung)
Telefon: 03 31 / 9 66 15 44 · Telefax: 03 31 / 9 66 15 07
sven.rosig@linksfraktion-brandenburg.de

PORTRAITS

DIE LINKE LTF BRB / Liebe
FOTOS Ortsschild: Basismotiv von Laja/photocase.com, Grafik DIE LINKE LTF BRB/Rosig; Baby: Only one...; Lesende: cydonna...; Schafferde: Lovepool...; alle: .../photocase.com; Brauner Fluss; Kinder am Konferenztisch: beide DIE LINKE LTF BRB/Steinmetzer-Mann, Rosig

LAYOUT, SATZ, GRAFIK

Döring & Waesch, Perleberg

AUFLAGE

10 000 Stück
DRUCK Gieselmann Druck und Medienhaus, Potsdam-Rehrücke

V.I.S.D.P. Thomas Domres (MdL), Parlam. Geschäftsführer

Mit dem Smartphone QR-Code einscannen und direkt zur Internetpräsenz der Fraktion gelangen



www.linksfraktion-brandenburg.de